

Interview

# Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung muss verteidigt werden

**Wenige Wochen vor der IDS sind neben den Vertretern aus Industrie und Handel auch die Erwartungen und Pläne der Akteure der politischen Bühne von Interesse. Wir haben mit Dr. Dr. Jürgen Weitkamp, Präsident der Bundeszahnärztekammer, BZÄK, über aktuelle gesundheitspolitische Debatten, die Beziehung von Politik und Wirtschaft auf dem Gebiet der Zahnmedizin und über die IDS 2007 gesprochen.**

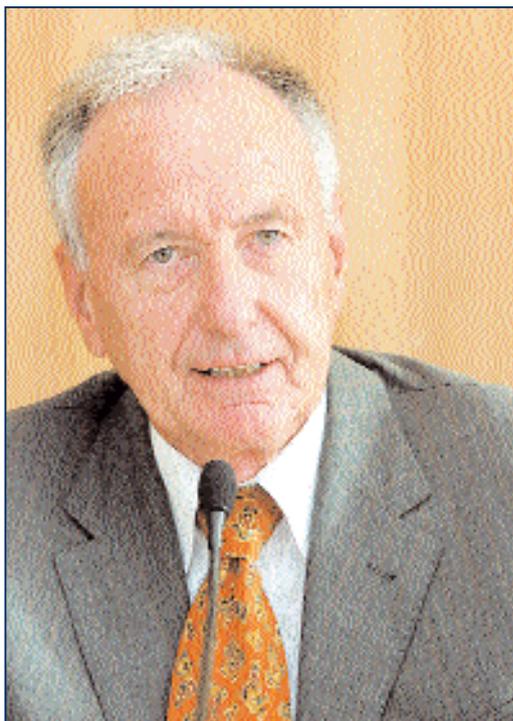
**Das Jahr 2007 ist erst wenige Wochen alt und es zeichnen sich bereits die wichtigen Themen der nächsten zwölf Monate ab. Welches sind für Sie die vorrangigen Aspekte der kommenden Zeit? Was liegt Ihnen besonders am Herzen?**

Einen wichtigen Schritt in die Zukunft hat die Außerordentliche Bundesversammlung der Bundeszahnärztekammer mit der Verabschiedung der

Honorarordnung für Zahnärzte (HOZ) Ende Januar getan. Die HOZ wird den Anforderungen an eine wissenschaftlich fundierte und präventionsorientierte Zahnheilkunde gerecht und schafft durch eine ausgewogene, auf betriebswirtschaftlichen Grundsätzen beruhende Bewertung die Grundlage für eine qualitativ hochstehende Zahnheilkunde. Die für die Zahn-, Mund- und Kieferheilkunde derzeit gültige Gebührenordnung aus dem Jahr 1988 entspricht in weiten Teilen nicht mehr dem heutigen Stand wissenschaftlicher Erkenntnisse. Die Bundesversammlung hat mit der Verabschiedung der HOZ dem Vorstand der Bundeszahnärztekammer das Mandat erteilt, den Entwurf als den wissenschaftlich fundierten und betriebswirtschaftlich objektiv ermittelten Vorschlag zum Inhalt der aktiven politischen Arbeit der Bundeszahnärztekammer im Jahr 2007 zu machen.

**Eine der Kernforderungen seitens der Verbände auf dem Deutschen Zahnärztetag im November 2006 in Erfurt war die Verteidigung der Freiberuflichkeit und Selbstverwaltung gegenüber staatlichem Dirigismus. Haben diese Forderungen bereits erste Reaktionen bei den verantwortlichen Stellen erwirkt? Welche weiteren konkreten Schritte plant die BZÄK zu unternehmen?**

Wir wissen von Politikern aus dem Regierungslager, dass sie bei der Abstimmung über das Reformgesetz aus genau diesem Grund nicht zugestimmt haben. Es ist doch eine verhängnisvolle Tendenz in der Gesundheitspolitik zu glauben, je mehr Macht



**Dr. Dr. Jürgen Weitkamp**, Präsident der Bundeszahnärztekammer, BZÄK.